



**Der Magistrat
STADT GROSS-UMSTADT**

Groß-Umstadt, den 24.11.2022

Niederschrift

14. Haupt- und Finanzausschusssitzung vom 17.11.2022

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Dennis Alfonso Muñoz

Stellvertretender Ausschussvorsitzender

Herr Dr. Jochen Ohl

Ausschussmitglied

Herr Stefan Bock

Herr Johannes Burghaus

Herr Marvin Donig

Frau Birgitt Engelhardt

Herr Hansgeorg Münch

Frau Dr. Margarete Sauer

Herr Simon Weschenfelder

Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin

Frau Annette Huber

Bürgermeister

Herr Bürgermeister René Kirch

Magistrat

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Brunst

Herr Stadtrat Horst Engelhardt

Herr Stadtrat Karlheinz Müller

Herr Stadtrat Klaus Scheuermann

Seniorenbeirat

Herr Reinhard Daum

Schriftführerin

Frau Andrea Schickedanz

Beginn der Sitzung: 20:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:41 Uhr

Tagesordnung:

14. Haupt- und Finanzausschusssitzung am 17.11.2022

1. Begrüßung
2. Genehmigung der Niederschrift vom 13.10.2022
3. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden
4. Aktueller Stand Haushalt 2023
5. Erstellung eines Blackout-Notfallplans; Antrag der FDP-Fraktion vom 26.10.2022
Vorlage: FDP/0006/2022
6. Mitteilungen des Magistrates
- 6.1. Budgetbericht Zeitraum August 2022 mit der Prognose zum Jahresende
Vorlage: 340/0117/2022
7. Mitteilungen und Anfragen

Zu TOP 1 Begrüßung

Ausschussvorsitzender Dennis Alfonso Muñoz eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Zu TOP 2 Genehmigung der Niederschrift vom 13.10.2022

Gegen das Protokoll der 13. Sitzung vom 13.10.2022 liegen keine Einwendungen vor.

Zu TOP 3 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu TOP 4 Aktueller Stand Haushalt 2023

Bürgermeister Kirch stellt den zeitlichen Ablauf zum Haushaltsverfahren 2023 und die Eckdaten des Haushaltes in einer Präsentation dar. Diese ist als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Nachdem der Magistrat nach mehreren Beratungen und Einarbeitung der neuen Orientierungsdaten den Haushalt am 15.11.2022 festgestellt hat, kann dieser am 24.11.2022 in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden.

Zu TOP 5 Erstellung eines Blackout-Notfallplans; Antrag der FDP-Fraktion vom 26.10.2022 Vorlage: FDP/0006/2022

Frau Dr. Sauer teilt mit, dass sich der Antrag etwas überschritten habe, da der Kreis mit den Bürgermeistern bereits in der Planung sei.
Es gehe ihm Antrag um die Sensibilisierung für das Thema. Keinesfalls sollten schlimme Szenarien in der Sitzung aufgezeigt werden.

Der Bürgermeister berichtet über die Einrichtung des Verwaltungsstabs Energie Ende August dieses Jahres. Zunächst habe man sich Gedanken über Energiesparmöglichkeiten gemacht und habe sich anschließend auch mit der Frage eines Blackouts beschäftigt. Hier erfolge ein guter Austausch auf Kreisebene sowie mit dem Stadtbrandinspektor.

Aufgrund der dezentralen Struktur durch die Stadtteile habe man sich in Groß-Umstadt für eine Zweistabsstrategie entschieden, so dass es einen Verwaltungsstab und einen Technischen Stab gibt. Die bereits getroffenen Maßnahmen wird er in der kommenden Woche im Magistrat vorstellen. Eine rechtzeitige Information der Bevölkerung sei im Anschluss vorgesehen.

Herr Donig spricht Frau Dr. Sauer zum weiter geplanten Verfahren an. Sie spricht sich für eine heutige Abstimmung im Ausschuss aus.

Darauffin meldet sich Herr Donig inhaltlich zu Wort. Er begrüßt den Inhalt des Antrags, da dieser sehr wichtig sei. Er kann allerdings die Notwendigkeit nicht erkennen, da Groß-Umstadt hier gut aufgestellt sei und er sich gut informiert fühlt. Daher wird die SPD-Fraktion den Antrag ablehnen.

Herr Münch und Herr Burghaus stimmen hier zu. Herr Dr. Ohl teilt mit, dass die CDU-Fraktion es auch so sieht, aber aufgrund der Wichtigkeit des Themas den Antrag unterstützen wird.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, einen **Blackout-Notfallplan** für das Gebiet der Stadt Groß-Umstadt zu erstellen, mit dem die Folgen eines potenziellen Blackout-Ereignisses, also eines großflächigen systemumfassenden Stromausfalls, bewältigt werden können.

- 1) Dazu gehören insbesondere die Einrichtung eines handlungsfähigen Krisenstabs und entsprechende Vorbereitungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie kritischer Infrastruktureinrichtungen und systemrelevanter Betriebe, z.B. der Wasserversorgung und der Gesundheitseinrichtungen.
- 2) Es ist ein Verzeichnis der einsatzbereiten Notstromaggregate der öffentlichen Einrichtungen zu erstellen und im Vorfeld zu planen, wie im Ernstfall die Versorgung der Notstromaggregate mit ausreichend Treibstoff sichergestellt wird.
- 3) Auf Grundlage gewonnener Erkenntnisse aus Abfragen bei Betreibern kritischer Infrastrukturen soll eine digitale Lage- und Übersichtskarte erarbeitet werden, um im Katastrophenfall effektiver agieren zu können.
- 4) Die Kommunikation zwischen der Verwaltung, den örtlichen Rettungskräften und anderen Behörden soll für den Krisenfall eingeübt werden.
- 5) Die Bevölkerung soll in geeigneter Weise darüber aufgeklärt werden, welche Maßnahmen eigenverantwortlich zur Sicherstellung der eigenen Versorgung z.B. mit Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten ergriffen werden sollten.

Abstimmungsergebnis:

3 Jastimmen (CDU, FDP)

5 Neinstimmen (SPD, BVG)

1 Enthaltung (Bündnis 90/Die Grünen)

Der Beschlussvorschlag ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Zu TOP 6 Mitteilungen des Magistrates

Bürgermeister Kirch

- berichtet, dass er im September den Landkreis bezüglich der Tagespflegepersonen angeschrieben habe, um Daten für die künftigen Kosten zu erhalten und einen politischen Beschluss vorzubereiten. Dies habe sich damit überschritten, dass zwei kreisangehörige Kommunen mitgeteilt haben, diesen Weg nicht mitzugehen. Somit sei dieser Vorschlag beendet und man müsse mit der Er-

höhung der Kreisumlage von 1,5 % zu rechnen. Diese wurde nun auch für die Haushaltsplanung kalkuliert. Die sei vorausschauend, allerdings sei der Doppelhaushalt des Kreises für 2023 noch nicht genehmigt.

- teilt mit, dass der Landrat die öffentlich-rechtliche Vereinbarung hinsichtlich der KFZ-Zulassung zum 31.12.23 gekündigt habe. Den Mitarbeitenden wurde durch den Landrat mitgeteilt, dass der Landkreis bestrebt sei, die Standorte aufrecht zu erhalten und das möglichst mit dem vorhandenen Personal. Ein endgültiges Konzept gäbe es derzeit noch nicht, da dezentrale Beratungsstellen, die z.B. auch die Sozialberatung anbieten sollen, in Planung sind. Auch mit diesen im Haus betroffenen Mitarbeitern wird er ein Gespräch führen, da auch dort verständlicherweise Verunsicherung besteht.
- spricht die Haushaltskonsolidierung an. Hierzu zeigt er eine kurze Präsentation zu den Modernisierungsstrategien. Diese wird als Anlage dem Protokoll beigelegt.
Künftig sollen Informationen und Austausch im HuF erfolgen und nicht mehr über den Lenkungsausschuss.

Zu TOP 6.1 **Budgetbericht Zeitraum August 2022 mit der Prognose zum Jahresende
Vorlage: 340/0117/2022**

Bürgermeister Kirch teilt mit, dass die ausgesprochene Haushaltssperre ihre Wirkung erzielt habe und daher zum Jahresende von einem geringen Plus auszugehen sei. Rückfragen seitens der Fraktionen erfolgen nicht.

Inhalt der Mitteilung

Mit dieser Mitteilung erhalten Sie den Budgetbericht für den Monat August 2022 mit der Prognose zum Jahresende zur Kenntnisnahme.

Gem. § 28 Abs. 1 GemHVO ist die Stadtverordnetenversammlung mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten.

Des Weiteren haben Sie die Möglichkeit die Unterjährige Finanzsteuerung über die Plattform IKVS sich interaktiv anzeigen zu lassen.

Groß-Umstadt, den 24.10.2022
Abteilung 340

Zur Kenntnis genommen

Zu TOP 7 **Mitteilungen und Anfragen**

Stadtverordneter Bock

- erkundigt sich, ob es Rückmeldungen aus der Bürgerschaft zur abknickenden Vorfahrt am Bahnhof gibt.
Dies wird von Bürgermeister Kirch verneint, allerdings denke er, dass dies mit der Baustellenumleitung zusammenhänge und die meisten Personen, diese als Baustellenmaßnahme wahrnehmen.
- fragt nach dem Verhandlungsstand hinsichtlich „teo“.
Hierzu teilt Bürgermeister Kirch mit, dass seit Oktober wieder intensive Gespräche geführt werden. Es bestehe ein beidseitiges Interesse an einem erfolgreichen Abschluss.

Stadtverordneter Burghaus

- erkundigt sich hinsichtlich der Anfrage zur „Leichten Sprache“.
Bürgermeister Kirch teilt mit, dass ihm eine Prüfung des Ressortleiters vorliegt. Er rechnet mit Beantwortung im Dezember, da zurzeit noch eine Prüfung in der Online-Redaktion notwendig sei.
- .

Bürgermeister Kirch

- bietet erneut an, an Fraktionssitzungen nach Möglichkeit des Terminkalenders teilzunehmen. Insbesondere für die Haushaltsberatungen bittet er um frühzeitige Mitteilung der Termine, auch um ggfs. die Mitarbeiter der Verwaltung ergänzend zu seiner Anwesenheit hinzuzuziehen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen wünscht der Ausschussvorsitzende einen guten Nachhauseweg und schließt die Sitzung.

Dennis Alfonso Muñoz
Ausschussvorsitzender

Andrea Schickedanz
Schriftführerin